

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	10
 Problemstellung	 13
 Erstes Kapitel:	
§ 27 Abs. 2 AktG und die Kriterien der Sacheinlagefähigkeit	16
 I. § 27 Abs. 2 AktG. im System der aktienrechtlichen Gründungsvorschriften	 16
1. Der Wortlaut und seine Begründung	16
2. Artikel 7 der 2. EG-Richtlinie	20
3. Die Begründung zur Aktienrechtsnovelle von 1884	22
4. Der Zweck der Gründungsvorschriften der 2. EG-Richtlinie	25
5. Der Schutz des Kapitals als mehrdimensionaler Gesetzeszweck	27
 II. Die Übertragbarkeit als Einlagekriterium	 30
1. Das Kriterium der Zugangskontrolle	30
2. Das Kriterium der Abgangskontrolle	34
3. Die Übertragbarkeit von Dienstleistungsansprüchen, know how und good will	36
4. Der Sinn und Zweck des Kriteriums	38

III. Die Bilanzierungsfähigkeit als Einlagekriterium	40
1. Die Bilanzierungsfähigkeit und die Aktienrechtsnovelle von 1884	40
2. Die Bilanzierungsfähigkeit in der Kritik von Fischer	43
3. Die Bilanzierungsfähigkeit im Widerstreit der Meinungen	46
a) Die erweiterte Kritik	46
b) Die erweiterte Begründung	47
4. Die Bilanzierungsfähigkeit von Dienstleistungen, know how und good will	50
5. Der Sinn und Zweck des Kriteriums	53
IV. Der faßbare Vermögenswert als Einlagekriterium	55
1. Die Entwicklung des Kriteriums als Alternativlösung durch Fischer	55
2. Das Kriterium des faßbaren Vermögenswertes in der Rechtsprechung	57
3. Die Konzeption des faßbaren Vermögenswertes in der jüngeren Literatur	59
a) Der Vorrang der Wertkonkretisierung vor der Gegenstandskonkretisierung	59
b) Der faßbare Vermögenswert als Teil eines Systems von Einlagekriterien	61
c) Die Identitätsthese	64
4. Der faßbare Vermögenswert von Dienstleistungen know how und good will	66
5. Der Sinn und Zweck des Kriteriums	68

	Seite
V. Die Sacheinlagefähigkeit im Grenzfall: Obligatorische Nutzungsrechte	70
1. Die Einlagefähigkeit von Nutzungsrechten in der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	70
2. Die Auseinandersetzung in der handels- und steuerrechtlichen Literatur	74
3. Die möglichen Erkenntnisse für eine Inter- pretation des § 27 Abs. 2 AktG	78
VI. Die Begründung einer Beziehung der Gründungsvor- schriften zu den Rechnungslegungsvorschriften	80
1. Das Gebot der Aufbringung des Grundkapitals	80
2. Das Verbot der Unterpariemission	81
3. Das Kapital als identische Ausgangsbasis	84
 Zweites Kapitel:	
Die selbständige Bewertbarkeit im Sinn des Bilanzrechts	86
I. Die bilanzielle Gewinn- und Vermögensermittlung und das Prinzip der Einzelbewertung	86
1. Das Einzelbewertungsprinzip als Kriterium zur Ermittlung eines Buchvermögens	86
a) Die gesetzliche Pflicht zur Einzelbewertung	86
b) Die gesetzliche Gewinn- und Vermögens- Konzeption	90
2. Das Einzelbewertungsprinzip als Objektivierungs- restriktion	94
a) Der Ausschluß von Kombinationseffekten	94
b) Die Begrenzung des Vorsichtsprinzips	96

	Seite
II. Die selbständige Bewertbarkeit in der Bilanzrechtsprechung	99
1. Die Rechtsprechung des RFH als Ursprung des Kriteriums	99
2. Das Realisationsprinzip	104
a) Prinzip der Erfolgswirksamkeit	104
b) Prinzip der Erfolgsneutralität	111
3. Die Abgrenzung zu den sofort abzugsfähigen Betriebsausgaben	116
a) Einmalige Ausgaben	116
b) Das Problem des schwebenden Geschäfts	119
4. Prinzip des entgeltlichen Erwerbs	124
a) Abgrenzung von materiellen und immateriellen Wirtschaftsgütern	124
b) Das Prinzip des abgeleiteten Erwerbs	126
c) Das Prinzip des Anspruchserwerbs	133
5. Die selbständige Bewertbarkeit im Zeitablauf	138
a) Einzelübertragbarkeit	138
b) Die Greifbarkeit	144
c) Feststellbarkeit von Nutzungsdauern	147
6. Der Geschäftswert	152
a) Die Aufwendungen auf den eigenen Geschäftswert	152
b) Die Abgrenzung immaterieller Einzelwirtschaftsgüter vom Geschäfts- oder Firmenwert	156
III. Der Bundesfinanzhof und die Ermittlung des aktivierbaren Vermögens	161
IV. Der Bundesfinanzhof und das Objektivierungskriterium selbständige Bewertbarkeit	163

	Seite
Drittes Kapitel	
Der feststellbare wirtschaftliche Wert	166
I. Die fehlende Anwendbarkeit der Aktivierungsgrundsätze bei der Prüfung der Sacheinlage	166
1. Das Realisationsprinzip und seine geringe Aussagekraft für die Sacheinlage	166
2. Die fehlende Aktivierbarkeit der Sacheinlage aufgrund des Prinzips selbständiger Bewertbarkeit	169
3. Die verfahrensbedingten Unterschiede	173
4. Die Bilanzierungsfähigkeit als Einlagekriterium in der Steuerrechtsprechung	176
II. Die Interpretation des feststellbaren wirtschaftlichen Wertes	185
1. Die Konzeption	185
a) Das Zeitwertprinzip	185
b) Das Objektivierungserfordernis	189
c) Der Grundsatz eines Wertes für die Gesellschaft	192
d) Die Methodenfreiheit	196
2. Die Feststellung eines wirtschaftlichen Wertes auf der Basis von Marktdaten	199
a) Die Ermittlung des Wertes von unbebauten und bebauten Grundstücken	199
b) Die Wertfeststellung bei Nutzungsrechten	203
c) Die Wertfeststellung bei Wertpapieren	206

	Seite
3. Die Feststellung eines wirtschaftlichen Wertes durch Gutachten - am Beispiel von Patenten und ungeschützten Erfindungen	209
a) Grundlagen	209
b) Ermittlung der Nutzungsdauer	212
c) Die Bestimmung des Kapitalisierungssatzes	214
d) Die Ertragsbestimmung mit Hilfe vorhandener Daten	218
 Zusammenfassung in vier Thesen	 227
 Literaturverzeichnis	 233
Verzeichnis der Entscheidungen	247